Hannover (r/uk).Der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Hermann Grupe, erklärt zur Verbändeanhörung zum Niedersächsischen Weg im Landwirtschaftsausschuss am 15. Oktober: "Die Regierungsfraktionen mussten sich krachender Kritik stellen. Bei der Aushandlung des Niedersächsischen Wegs waren die Forstverbände völlig außen vor. Im Forstbereich sind deshalb viele Bestimmungen fachlich nicht nachvollziehbar und erwecken den Eindruck von Willkür." Konkret soll in Wäldern beispielsweise mehr Totholz liegen bleiben und Baumarten, die nicht ursprünglich in Europa heimisch sind, dürfen nicht in den Landesforsten angesiedelt werden. "Dabei sind solche Baumarten mitunter robuster und überstehen den Klimawandel besser. Solche Regelungen für die Landesforsten dürfen nicht im nächsten Schritt die Förderbedingungen für private Wälder bestimmen. Wenn in Niedersachsen nur ausgewählte Baumarten gepflanzt werden können, ist die Forstwirtschaft ernsthaft gefährdet", erklärte Hermann Grupe. Grundsätzlich begrüßen wir den Weg, im partnerschaftlichen Miteinander Lösungen zu erarbeiten“, ergänzt er. Die Landesregierung habe aber viele Verbände brüskiert, statt sie in den Entscheidungen mitzunehmen. Die Kritik müsse zu deutlichen Korrekturen führen. Grupe: "Wir müssen aufpassen, dass durch solche Regelungen nicht demnächst Land- und Forstwirte auf die Liste bedrohter Arten kommen."

Grupe bekräftigt die Forderung an die Landesregierung und den Landtag, sich nicht erpressbar zu machen: "Man kann nicht akzeptieren, dass der NABU eine Einigung aushandelt und gleichzeitig ein konfrontatives Volksbegehren betreibt. So handelt kein ehrlicher Partner. Es ist überfällig, dass hier für Klarheit gesorgt wird. Das Parlament kann sich nicht so unter Druck setzen lassen."